

## Kooperation mit BAWAG/PSK ist Geschichte

Die BAWAG/PSK hat den mit der Post AG abgeschlossenen Kooperationsvertrag gekündigt. Die Kooperation endet einvernehmlich mit Ablauf 2019 – um ein Jahr früher als vertraglich vorgesehen. Nach den Vorstellungen der BAWAG/PSK hätte die Post nur mehr 100 Filialen anstatt ca. 400 betreiben sollen.

Für unsere FinanzberaterInnen ist dadurch eine Zeit der beruflichen Unsicherheit und notwendiger Neuorientierung entstanden. Selbstverständlich werden wir die Bediensteten bei dieser beruflichen Veränderung mit all unseren Möglichkeiten voll unterstützen.

Der Postvorstand hat ein eindeutiges Bekenntnis zur Finanzdienstleistung (FDL) abgelegt, weil er diesen Bereich als Grundvoraussetzung für den Betrieb der Postfilialen (PF) sieht. Laut Vorstand soll etwa um die Jahresmitte Klarheit über den neuen Bankpartner bestehen. Derzeit haben sich die Verhandlungen auf einige wenige Interessenten reduziert, wobei die Post mit ihrem Filialnetz in der Branche durchaus als interessanter Partner gilt.

Etwa 145 KollegInnen sind österreichweit von der BAWAG/PSK wieder zur Post zurückgekehrt und werden im Zuge einer „Orientierungsphase“ bei PF eingesetzt. Sollten sie während dieser Zeit zu anderen PF zugeteilt werden, haben sie Anspruch auf Reisekostenersatz.

**WICHTIGER HINWEIS:** Wer weiterhin als FinanzberaterIn tätig sein möchte, soll sich schon jetzt um ausgeschriebene Arbeitsplätze bei den jeweiligen Knoten bewerben. Unabhängig von der dienst- und besoldungsrechtlichen Einstufung, jedenfalls bewerben!



**Gewerkschafts- und  
Personalvertretungswahlen  
25. bis 27. September**



**PensionistInnen wird generell eine Wahlkarte  
zugesandt und können am Postweg wählen!**

**Ohne Kampf  
kein Fortschritt!**



SOZIALDEMOKRATISCHE  
GEWERKSCHAFTERINNEN



## Eine Regierung für die Reichen: Erleichterungen für Unternehmen – Verschärfungen für Arbeitnehmer

**Die AK ÖÖ hat das Programm der Bundesregierung analysiert. Fazit: Wenig positive Ansätze, teils massive Verschlechterungen für Arbeitnehmer/-innen.**

Die Steuer- und Abgabenquote soll von 43 auf 40 Prozent des Bruttoinlandsproduktes gedrückt werden. Die Gegenfinanzierung bleibt unklar. Zu befürchten sind Ausgabenkürzungen, die vor allem die Ärmsten treffen.

Die geplante Tarifsenkung bei der Lohnsteuer ist positiv, aber völlig vage. Das Herzstück der Steuerreform, der Familienbonus in Höhe von 1500 Euro pro Jahr und Kind ist als Absetzbetrag geplant. Gerade die Beschäftigten mit den niedrigsten Einkommen (und ihre 230.000

Kinder) haben davon nichts, weil sie keine Einkommenssteuer zahlen.

Besonders kritisch ist, dass die Regierung Betriebsratskörperschaften zusammenlegen und Jugendvertrauensräte abschaffen will. Gleichzeitig sollen wichtige Vereinbarungen von der Branchen- auf die Betriebsebene verlagert werden, wo die Beschäftigten viel leichter unter Druck gesetzt werden können.

Dier degressiven Ausgestaltung des Arbeitslosengeldes und die Abschaffung der Notstandshilfe be-

drohten Arbeitnehmer/Innen existenziell. Viele Arbeitslose werden in die Mindestsicherung fallen, wo der Staat auf ihre bescheidenen Vermögen und Ersparnisse zugreift.

Auch die Ausweitung der Höchstarbeitszeit auf zwölf Stunden pro Tag und 50 Stunden pro Woche ist strikt abzulehnen. Zwölf-Stunden-Tage gefährden die Gesundheit. Ab der achten Arbeitsstunde steigt das Unfallrisiko steil an.

Die gesamte AK-Analyse gibt es auf [ooe.arbeiterkammer.at](http://ooe.arbeiterkammer.at)

### Kommentar

Das Regierungsprogramm setzt eins zu eins viele arbeitnehmerfeindliche Forderungen der Industriellenvereinigung um. Menschen in Notlagen – wie Arbeitslose oder Mindestsicherungsbezieher – werden generell unter Missbrauchsverdacht gestellt und mit verschärften Sanktionen bedroht. Dem werden wir ebenso massiven Widerstand entgegensetzen wie der geplanten Schwächung der Belegschaftsvertretungen und der AK.



Andreas Stangl  
FSG-Landesvorsitzender